

Mittel- und Ostmitteleuropastudien

herausgegeben von

Gerhard Besier und Katarzyna Stokłosa
(Technische Universität Dresden)

Band 8

LIT

Mike Schmeitzner, Katarzyna Stokłosa (Hg.)

Partner oder Kontrahenten?

Deutsch-polnische Nachbarschaft
im Jahrhundert der Diktaturen

LIT

Wanda Jarzabek

Zwischen Eiszeit und Verständigungssuche. Der Standpunkt der polnischen Regierung in den Beziehungen mit der BRD in den Jahren 1956–1981

Die polnisch-deutschen Beziehungen nach 1945 waren stark von den Kriegserfahrungen und der damaligen politischen Realität geprägt. Hierzu gehörten die Teilung Deutschlands, Europas und der Welt sowie die Zugehörigkeit der VR Polen und der BRD zu zwei gegensätzlichen politisch-militärischen Blöcken. Im Hinblick auf das zwischenstaatliche Verhältnis kann man die Beziehungen zwischen der VR Polen und der BRD wie folgt periodisieren:

- Die Jahre 1945–1949 – die Periode der Besetzung Deutschlands;
- Die Jahre 1949–1955/56 – die Periode zwischen der Errichtung der beiden deutschen Staaten und dem Wandel im Ostblock, der Polen stärker als zuvor zum Subjekt der internationalen Politik machte;
- Die Jahre 1955/56–1970 – eine Periode, in der die beiden Länder keine diplomatischen Beziehungen unterhielten, und
- Die Jahre 1970–1981 – die Periode zwischen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen;
- 1981–1989 – die Periode zwischen dem Kriegsrecht und der Systemtransformation in Polen bzw. der Vereinigung Deutschlands.

Objekt der Analyse im vorliegenden Aufsatz sind die Jahre 1956–1981. Besaßen die beiden Staaten zunächst keine diplomatische Beziehungen, so nahmen sie später Ansätze eines Dialogs auf und suchten nach Lösungen für die in den beiderseitigen Beziehungen bestehenden Probleme. Der Wandel in den Beziehungen der VR Polen und der BRD fand nicht in einem politischen Vakuum statt. Er erfolgte vielmehr im Kontext von Veränderungen in der internationalen Politik, vor allem einer Entspannung in den Ost-West-Beziehungen sowie Veränderungen in der Innenpolitik der beiden Staaten. Sie standen ebenso im Zusammenhang mit Bemühungen, den Standpunkt der jeweils anderen Seite zu verstehen.

Der vorliegende Artikel versucht zu zeigen, wie sich die Haltung der polnischen Behörden gegenüber BRD veränderte, welche Erwartungen in Warschau an die Aufnahme von Beziehungen mit Bonn und ihre Normalisierung geknüpft wurden und wo die Grenzen der Verständigungsbereitschaft lagen.

Grundlage des Artikels sind Dokumente im Archiv Neuer Akten und dem Archiv des Außenministeriums sowie veröffentlichte Dokumentensammlungen.

1. Der Ausgangspunkt

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beruhte das Interesse der polnischen Seite an Beziehungen zu Deutschland in erster Linie auf der Suche nach Wegen für die Überwindung der Kriegsfolgen. Auf dem Gebiet der Besatzungszonen waren Revindikationsmissionen tätig, die nach Objekten suchten, die während des Krieges aus Polen weggeschafft worden waren, z. B. Kulturdenkmäler und Kulturgüter, Industrieausrüstungen, Laboratorien, Eisenbahnparkplätze sowie Tiere wie Schweine, Pferde (u. a. aus Gestüten). Man suchte ebenfalls nach polnischen Kindern, die als „rassisch wertvoll“ in deutschen Erziehungsanstalten oder bei deutschen Familien untergebracht worden waren. Die wichtigste in dieser Zeit auf deutschem Gebiet tätige Institution war die Polnische Militärmission (Polska Misja Wojskowa, PMW). In den fünfziger und sechziger Jahren sollte die PMW ebenfalls als Anlaufstelle für mehr oder weniger formale Kontakte zwischen der VR Polen und der BRD fungieren.

In Polen wiederum machte man sich an die Schätzung der Verluste durch den Krieg.¹ Großes polnisches Interesse weckte auch die Frage der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland, und dieses Interesse wird auch in der Folgezeit wieder aufscheinen.²

Nach der Entstehung der beiden deutschen Staaten nahm Polen – ähnlich wie andere Staaten des Ostblocks – lediglich mit der DDR diplomatische Beziehungen auf. Politische Beziehungen zur BRD gab es nicht, wenngleich gewisse wirtschaftliche Kontakte unterhalten wurden. Seit 1949 war in Frankfurt am Main die Polnische Handelsmission (Polska Misja Handlowa) tätig. Der Handelsaustausch war jedoch nicht intensiv. Im Hinblick auf die BRD konnte man seinerzeit weder von einem Interesse an Polen sprechen, einem Land, das zur Einflusszone der UdSSR gehörte, noch von einer Bewältigung des Ballasts der Vergangenheit. In seiner Regierungserklärung vom 20. September sprach Kanzler Adenauer vom Willen, mit den östlichen Nachbarn Polen und Russland in Frieden zu leben. Er sprach gleichzeitig von der Notwendigkeit, die deutschen Rechte anzuerkennen, was in Polen als ein Junktim zwischen einer Verständigung mit Polen und Grenzveränderungen betrachtet wurde.³ In den Jahren 1949 bis 1955 betrieb Polen auf Grund der im Ostblock herrschenden Verhältnisse im Grunde keine eigenständige Außenpolitik. Diese Situation begann sich im Jahre 1955 in Folge des Wandels innerhalb der UdSSR und des Blocks sowie einer gewissen Erwärmung in den Ost-West-Beziehungen zu verändern.

2. Erste Versuche einer Verbesserung der Beziehungen

Versuche, das eisige Klima zwischen der VR Polen und der BRD zu überwinden, begannen im Jahre 1955 und beruhten neben den erwähnten offiziellen Beziehungen unter anderem auf inoffiziellen oder halboffiziellen Kontakten. Eine Gelegenheit zu Begegnungen auf der höchsten Ebene waren die Verhandlungen über die Verlängerung des Handelsprotokolls (unterzeichnet im Dezember) sowie

die Gespräche über die Familienzusammenführung (die deutsche Delegation hielt sich in Warschau vom 31. Januar bis 17. Februar 1955 auf).

Im Februar 1955 verkündete die polnische Regierung die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland. Es stellte sich jedoch heraus, dass der Weg zur Normalisierung der Beziehungen nicht alleine wegen des Standpunktes der Behörden der VR Polen weit war. Im September 1955 kam es zu einer Regelung der Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR, was zum Ausgangspunkt der Normalisierung der Beziehungen mit den Satellitenstaaten Moskau hätte werden können, doch im Juli 1956 formulierte die BRD, geleitet von den Grundsätzen ihrer Deutschlandpolitik, eine neue politische Doktrin, die in einer Regierungserklärung vom 28. Juni 1956 verkündete Hallstein-Doktrin.⁴

Dies bedeutete unter anderem, dass es kaum zur Anknüpfung von Beziehungen mit Polen kommen würde, denn es war offensichtlich, dass Polen nicht aus der Politik des Blocks würde ausscheren können, welche die DDR unterstützte. Gleichwohl bedeutete die Verkündigung der Hallstein-Doktrin nicht, dass die Kontakte auf den niedrigeren Ebenen abgebrochen wurden. Da keine diplomatischen Beziehungen bestanden, wurden die zweiseitigen Sondierungsgespräche nur indirekt, meist von deutschen Journalisten und Politikern mit polnischen Journalisten und Angestellten der polnischen Militärmission in Berlin geführt.⁵ Warschau war aber nicht an diesem Typ von Kontakten interessiert. Wegen der häufigen Treffen in der polnischen Militärmission in Berlin übersandte man dieselben entsprechende Instruktionen. Als den richtigen Weg betrachtete man diplomatische Gespräche (als möglicher Ort der Treffen wurde Paris ins Spiel gebracht), und die polnische Militärmission sollte „den vorsprechenden Journalisten nicht zu verstehen geben, dass man sie als Emissäre der Regierung der BRD betrachte“.⁶ Einige deutsche Journalisten versuchten zwar zu suggerieren, dass diplomatische Gespräche möglich seien, aber allem Anschein nach handelten sie überwiegend auf eigene Faust. So erwähnte der deutsche Pressekorrespondent Karl-Heinz Wenzel unter Berufung auf eine Vollmacht des Pressesprechers der Regierung der BRD, Felix von Eckhardt, Paris als möglichen Ort geheimer Gespräche.⁷ Es deutet jedoch nichts darauf hin, dass es 1956 zu solchen Gesprächen gekommen ist. Im polnischen Außenministerium schätzte man schon im Dezember 1956 die Möglichkeit, ernsthafte Gespräche mit der BRD aufzunehmen, eher skeptisch ein und suggerierte, dass dies mit einer Stabilisierung der Situation im Block einhergehen und die Möglichkeit seiner Desintegration in weite Ferne rücken müsse. Nach Meinung der Experten im Außenministerium »herrscht in Bonn die Überzeugung vor, dass die gegenwärtige Regierung Polens noch kein angemessener Partner für Verhandlungen mit der BRD ist. Deshalb sollte die bisherige Politik des Abwartens fortgesetzt werden. [...] Die Bereitschaft von Brentanos zur Ausarbeitung einer neuen Konzeption für die Ostpolitik ist nach dem Zusammenbruch des Aufstands in Ungarn und der Rückkehr von Genosse Gomułka aus Moskau zurückgegangen.«⁸ Bonn war wohl in der Tat zu dieser Zeit nicht an diplomatischen Beziehungen mit interessiert.⁹ Dennoch wurden die Kontakte nicht abgebrochen, und so kam es neben den Gesprächen mit Journalisten und halboffiziellen Emissären auch zu diplomatischen Gesprächen mit dem Bevollmächtigten Gesandten der BRD, Albrecht von Kessel, die von der

jugoslawischen Botschaft in Washington vermittelt wurden.¹⁰ Auch sie endeten mit einem Fiasko, und es wurde keinerlei Vereinbarung getroffen.

Eine große Rolle bei der Überwindung der Barrieren spielten seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre Milieus, die der katholischen und der evangelischen Kirche nahe standen.¹¹ Nach 1956 nahm unter anderem die deutsche Katholische Nachrichtenagentur Kontakte mit der polnischen Seite auf.¹² Zur Symbolfigur für die polnisch-deutsche Verbönnung wurde Professor Stanisław Stomma, der zum Kreis um die Monatszeitschrift *Więź* gehörte. Seit Januar 1957 war er Sejm-Abgeordneter für die Znak-Gruppe und ebenso stellvertretender Vorsitzender des Sejm-Ausschusses für Außenpolitik. Wahrscheinlich waren für die deutsche Seite Begegnungen mit einer Person, die nicht den herrschenden Kreisen angehörte, angenehmer. So traf sich Stomma beispielsweise während einer Reise zum Kongress der katholischen Journalisten in Wien im Oktober 1957 mit dem deutschen Botschafter in Österreich, Carl Hermann Müller-Graf. Der Botschafter gab zu verstehen, dass er sich auf Veranlassung Minister Brentanos um dieses Treffen bemüht habe.¹³ Nach Informationen Stommas, die an Minister Rapacki übermittelt wurden, sagte der Botschafter, dass die BRD geneigt sei, „einen entscheidenden Schritt in den Beziehungen mit Polen“ zu unternehmen.¹⁴

Auf großes Interesse unter den Historikern stieß ein Besuch von Stanisław Stomma in der BRD, der auf eine Einladung des Direktors der Katholischen Nachrichtenagentur, Karl Brinkmann, zurückging. Nicht nur die Genese dieser Reise, sondern auch ihr Verlauf sowie die Liste der Gesprächspartner Stommas, wurden unterschiedlich dargestellt. Der deutsche Historiker Hans-Peter Schwarz schrieb, dass es zu einem Treffen Adenauers mit Stomma gekommen sei – Stomma hat dies nicht bestätigt.¹⁵ In einem Bericht über seine Reise, den er für Minister Rapacki anfertigte, schrieb Stomma, er habe sich mit drei „Regierungspersönlichkeiten“ getroffen, nämlich dem Außenminister Heinrich von Brentano, dem Leiter der Abteilung für polnische Angelegenheiten, Reinhold von Ungern-Sternberg und dem Chef von Adenauers Kanzlei, Dr. Hans Globke. Er schrieb ebenfalls: „vor meiner Abreise wurde mir im Ministerium suggeriert, Gespräche mit allzu offiziellen, politisch bekannten Persönlichkeiten zu vermeiden. Herr Łobodycz merkte an, ein Treffen mit Adenauer sei nicht angezeigt. An diesen Grundsatz habe ich mich gehalten und versucht, derartige Kontakte zu vermeiden. Daher muss ich feststellen, dass keines der Gespräche mit Regierungsvertretern auf meine Initiative zurückging.“¹⁶ Nach seinen Gesprächen in Deutschland verbat Stomma nicht seine Skepsis hinsichtlich der Möglichkeit einer Aufnahme diplomatischer Kontakte zwischen der VR Polen und der BRD. Seine Reiseindrücke zusammenfassend schrieb er: „Es scheint mir nicht, dass die gegenwärtige deutsche Politik Hoffnung auf einen Wandel im Sinne größerer Elastizität gibt. Es hat vielmehr den Anschein, dass sie in den östlichen Angelegenheiten und deshalb auch gegenüber Polen nach wie vor sehr steif ist und bleiben wird.“¹⁷ Für unerlässlich erklärte er deshalb die Intensivierung der Kontakte mit der deutschen Gesellschaft.

Der Beginn der zweiten Berlin-Krise im Herbst 1958 wirkte sich hemmend auf die polnisch-deutschen Kontakte aus, doch gingen sie nach ihrer Beendigung gewissermaßen in eine neue Phase über. Dies ging auch auf die Belebung der

Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR zurück. Warschau verfolgte aufmerksam die Äußerungen von Aleksej Adžubej, dem Schwiegersohn des damaligen Führers der UdSSR, Nikita Chruschtschow, der im Juli 1962 die BRD besuchte, sowie die 1964 geführten Gespräche zwischen dem Botschafter der UdSSR in Bonn, Andrej Semjonow, mit Ludwig Erhard, die zu einem Treffen des Kanzlers mit Chruschtschow führen sollten. Polen konnte nicht ausschließen, dass die UdSSR zu Gunsten guter Beziehungen mit der BRD bereit sein könnte, ihre bisherige Haltung in den territorialen Fragen in Mitteleuropa aufzugeben, umso mehr, da Moskau zuvor nicht gezögert hatte, eine solche Lösung zu suggerieren.¹⁸ Auch die Unterzeichnung des Freundschaftsabkommens zwischen der UdSSR und der DDR im Jahre 1964, in dem die eventuelle Vereinigung Deutschlands nicht als einmaliger Akt, sondern eher als historischer Prozess bezeichnet wurde, erklärte ein Teil der damaligen Analytiker zum Ausdruck der Bereitschaft, eine aktivere Politik gegenüber der BRD zu führen.

In den Beziehungen zwischen der BRD und der VR Polen entstand damals etwas Bewegung. Ende 1962 wurden in Warschau Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsabkommens und die Errichtung einer deutschen Handelsvertretung in der polnischen Hauptstadt aufgenommen, was 1963 erfolgte.¹⁹ Warschau erklärte sich jedoch nicht damit einverstanden, die Vertretung mit konsularischen Kompetenzen auszustatten. Zwar spielte die Vertretung zu Anfang keine politische Rolle, doch änderte sich dies in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Zu einem deutlichen Wandel kam es, nachdem die BRD ihre neue Ostpolitik aufgenommen hatte. Im März 1966 richtete die BRD eine Friedensnote an die Länder des Ostblocks mit Ausnahme der DDR, in der man die Unterzeichnung einer Erklärung über die Nichtanwendung von Gewalt vorschlug. In der am 24. 3. 1966 der polnischen Botschaft in London übermittelten Note hielt die BRD ihren Rechtsstandpunkt aufrecht, wonach die Entscheidungen der Potsdamer Konferenz nicht endgültig seien, und stellte fest, dass der deutsche Staat in den Grenzen von 1937 fortbestehe. Außerdem wurde Warschau vorgeworfen, dass ihm nicht an einer Verständigung zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk gelegen sei.²⁰ Die Antwort der polnischen Seite wurde dem Chef der deutschen Handelsvertretung, Egon Emmel, von Mieczyslaw Lobodycz, dem damaligen Direktor der vierten Abteilung des Außenministeriums, überreicht. Sie enthielt Vorbedingungen für die Aufnahme von Gesprächen, darunter die Anerkennung des endgültigen Charakters der Grenze an Oder und Lausitzer Neiße durch die BRD und die Anerkennung dessen, dass die BRD nicht der einzige Repräsentant des deutschen Volkes sei.²¹ Die Bedingungen Warschau waren für Bonn schwer zu erfüllen. Gleichzeitig begann die polnische Führung zu befürchten, dass jene Länder des Ostblocks, die keine ernsthaften Probleme mit der BRD hatten, beispielsweise hinsichtlich der Anerkennung der Grenzen, nach der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen streben könnten und Polen mit seinen Konzeptionen für eine Normalisierung der Beziehungen isoliert werden könnte. Deshalb bemühte sich Warschau im Rahmen seiner Möglichkeiten, eine Annäherung zwischen der BRD und den Ländern des Ostblocks zu blockieren.²² Zu Anfang zeigte sich auch die DDR kooperativ, obwohl die Beziehungen zwischen Warschau und Ost-Berlin von Misstrauen geprägt waren und außerdem auf der persönlichen

Ebene eine Abneigung zwischen Władysław Gomułka und Walter Ulbricht bestand. Schwierigkeiten gab es auch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.²³ Für die polnische Seite war die deutsche Frage das allerwichtigste Problem in der Außenpolitik, und man kann, was die deutsche Frage nach 1956 betrifft, von einer klaren politischen Linie reden, die ich einmal als „Gomułka-Doktrin“ bezeichnet habe.²⁴ Warschau war der Ansicht, es habe ein Recht, die deutsche Blockpolitik mitzugestalten und eine eigene Deutschlandpolitik zu betreiben. Daher vertraten die damaligen Behörden, als sie erkannten, dass die Entspannung in den Ost-West-Beziehungen fortschreiten würde und man beobachten konnte, dass die UdSSR Gespräche mit der BRD führte, die Ansicht, dass Warschau zur Verteidigung seiner Interessen gegenüber der BRD die Initiative zur Aufnahme von Beziehungen ergreifen sollte. Nach zeitgenössischen Berichten wurde diese Entscheidung eigenständig getroffen. Davon zeugt auch die Notiz über ein Gespräch zwischen dem Botschafter Jan Pasiński und dem stellvertretenden Außenminister der UdSSR, Wjačeslav Semenov.²⁵

3. Die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen

Die Gespräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen begannen im Februar 1970 in Warschau und dauerten bis zum Oktober desselben Jahres. Es fanden sechs Arbeitsrunden statt, und an der letzten Phase der Gespräche im November nahmen die Außenminister beider Staaten, Walter Scheel und Stefan Jędrzychowski, teil.

Ein ernsthaftes Problem bestand zu Anfang in der Frage der Anerkennung der Grenze an Oder und Lausitzer Neiße, genauer in der Suche nach einer Formel, die Warschau befriedigte und nicht im Widerspruch zum deutschen Rechtsstandpunkt war, der jegliche endgültigen Entscheidungen über die territoriale Gestalt Deutschlands auf den Moment der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland aufschob. Der Wortlaut des Vertrags war für die polnische Seite in hohem Maße befriedigend, denn in der Präambel hieß es, die BRD und die VR Polen seien sich bewusst, „dass die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden“ sei, und der erste Artikel stellte fest, dass die von der Potsdamer Konferenz festgelegte Grenze an Oder und Lausitzer Neiße „die westliche Staatsgrenze Polens bildet“. Darüber hinaus erklärten beide Seiten, sie hätten „keinerlei territoriale Ansprüche gegeneinander und würden solche Ansprüche auch in Zukunft nicht erheben“; sie bestätigten „die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen, heute und in Zukunft“ und verpflichteten sich gegenseitig „zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität“.²⁶

Zur Enttäuſchung Warschaus aber wurden auf der deutschen Seite bald Interpretationen lanciert, die Warschau als unvereinbar mit dem Geist des Abkommens betrachtete. Zwar wurde am 8.12.1970 im „Bulletin“ ein offizieller Kommentar zum Abkommen abgedruckt, in dem betont wurde, dass die BRD die

Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens nicht mehr infrage stelle und diesen Standpunkt auch in Zukunft einnehmen werde, unabhängig davon, wann eine Friedensregelung getroffen würde. Doch erklärte man auch, dass die BRD nur in ihrem eigenen Namen handle und dass das Abkommen für ein vereinigt Deutschland nicht bindend sein müsse. Außerdem wurde erklärt: „Wir messen der formellen Aufrechterhaltung des Friedensvertragsvorbehalts in jedem Fall eine wesentliche, auf die Wahrung der Belange Gesamtdeutschlands gerichtete Bedeutung zu.“²⁷ Auch wurde die unberechtigte Interpretation vorgenommen, wonach „der Verzicht Polens auf weitere Reparationen erneut deutlich betont wurde“ (es ging um die Erklärung der Regierung der VR Polen vom 24.8.1953). Dies stand im Widerspruch zum Inhalt der Vertragsverhandlungen. Der polnische Verhandlungsführer Józef Winiewicz sagte während der letzten Verhandlungsrunde im Oktober: „Wir sehen auch keinen Bedarf für Diskussionen über die Reparationsfrage. Die Erklärung der polnischen Regierung von 1953 bleibt in Kraft; hier wurde schließlich der Verzicht auf Reparationen formuliert. Diese Deklaration ist bekannt, und aus dem Text kann man schließen, welchen Standpunkt die polnische Regierung einnimmt und wie sich dies auf die Zukunft auswirkt.“²⁸

In Warschau aber wurde die Erklärung von 1953 nicht als endgültiger Verzicht auf alle Ansprüche gegenüber der BRD betrachtet. Mehr noch: Angesichts der Zweifel Bonn und des Wunsches nach einem Verzicht auf Reparationen in einem zweiseitigen Abkommen mit der BRD mussten sich die polnischen Verhandlungspartner in ihren Zweifeln bestätigt fühlen und zur Überzeugung gelangen, dass auch für die BRD die Frage der Reparationen nicht abgeschlossen sei. Man darf nicht einfach über eine Bemerkung Winiewicz' hinweggehen, welche dieser zur Beendigung der sechsten Verhandlungsrunde machte: „Wir wissen heute nicht, wie die Reparationsfrage auf einer Friedenskonferenz aussehen könnte. Wir haben gesagt, dass wir uns heute, 25 Jahre nach Beendigung des Krieges, von damals gültigen Konzepten entfernen. Die bei der Berichterstattung vorgelegte Interpretation ist korrekt, dennoch könnte sich die Sache anders verhalten, sollte es zu einem Friedensvertrag kommen.“²⁹ Im Einklang mit der internationalen Rechtspraxis trennte Warschau auch die Reparationsfrage vom Problem individueller Entschädigungen für die Opfer der Besatzungspolitik Nazideutschlands, während es in der BRD gegenüber Polen eine Tendenz zur Verschränkung dieser Angelegenheiten gab. Angehörige der Länder Westeuropas erhielten eine individuelle Entschädigung für die Verluste infolge der deutschen Besatzungspolitik, unabhängig von Kriegsreparationen zu Gunsten ihrer Herkunftsländer.

Der Abschluss des Warschauer Vertrags wurde von Polen als Ausgangspunkt für weitere Gespräche über die Normalisierung der Beziehungen mit der BRD betrachtet, und Normalisierung wurde verstanden als Lösung der seit dem Zweiten Weltkrieg in den beiderseitigen Beziehungen bestehenden Probleme. In der BRD wurde Normalisierung im Allgemeinen enger verstanden. Gleichwohl knüpfte auch die deutsche Seite Erwartungen an die Tatsache der formalen Regelung der diplomatischen Beziehungen mit Polen. Sie betrafen vor allem die Familienzusammenführung und im weiteren Sinne die nach wie vor in Polen lebenden Deutschen.

Dabei handelte es sich um ein schwieriges Problem, das im Laufe der Vertragsverhandlungen deutlich wurde. Zu dieser Zeit aber war die Unterzeichnung eines Abkommens für beide Seiten wichtiger, und strittige Fragen sollten später geklärt werden. Dies war in der Sache begründet – der Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen sollte keine präzisen Entscheidungen enthalten, sondern sollte die Grundlagen für ihre Regelung in der Zukunft schaffen. Im Prozess der Normalisierung bedurften folgende Probleme einer Regelung oder auch Klärung: 1) die Frage, ob es sich bei der Bestimmung, die von der Anerkennung der Linie an Oder und Lausitzer Neiße als Westgrenze Polens sprach, um eine endgültige Anerkennung der Grenze handelte und diese bindend für Deutschland wäre, käme es zur Vereinigung; 2) Ausreisen von Personen deutscher Nationalitäten in die BRD, die „Familienzusammenführung“, die Frage der deutschen Minderheit in Polen und der Konsularfürsorge für die polnischen Deutschen; 3) Fragen der kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten, darunter die Überprüfung des Inhalts der Schulbücher; 4) die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die nicht nur von der polnischen, sondern auch von der deutschen Seite mit anderen Fragen verknüpft wurde; 5) die Frage der Entscheidung für die Folgen der Besatzungspolitik des Dritten Reiches; 6) die Tätigkeit von Radio Wolna Europa (Radio Free Europe). Einige dieser Themen blieben bis zum Ende der achtziger Jahre ein dauerhaftes Element in den polnisch-deutschen Beziehungen, so etwa die Frage der deutschen Minderheit in Polen. Warschau erwartete, dass es im Zuge der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen auch zur Anknüpfung von Konsularbeziehungen kommen würde, aber dies machte die Klärung der Frage nach der Staatsbürgerschaft derjenigen Personen erforderlich, welche die deutsche Staatsbürgerschaft besessen hatten, als sie in den Grenzen des Reichs im Jahr 1937 lebten.³⁰

Auf den polnisch-deutschen Beziehungen zu Beginn der siebziger Jahre lastete in hohem Maße die Tatsache, dass der Bundestag die Ratifikation der Ostverträge (Warschauer und Moskauer Vertrag) verzögerte. Die Ratifikation erfolgte erst im Mai 1972. Dennoch wurden schon damals Gespräche über strittige Themen aufgenommen. Die deutsche Seite kam den polnischen Erwartungen entgegen und überwies in dieser Zeit zusätzliche Beiträge für die Entschädigung der Opfer von pseudomedizinischen Experimenten, welche durch das Polnische Rote Kreuz ausbezahlt wurden. Egon Bahr informierte Józef Winiewicz im November 1971, während eines Besuchs des polnischen Vizeministers in Bonn, von dieser Entscheidung.³¹ Warschau wollte im Einklang mit seinen noch vor dem Beginn der Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorbereiteten Verhandlungsentwürfen hinausgehen und Gespräche über das Thema zivilrechtlicher Entschädigungen für polnische Staatsbürger aufnehmen. Man nahm an, dass in dieser Phase lediglich einige Entschädigungsansprüche präsentiert werden würden, zum Beispiel für „den Aufenthalt in Konzentrationslagern, Zwangsarbeit, die Aussiedlung aus dem Reich eingegliederten Gebieten usw., ohne ihre Höhe zu beziffern.“³² Man beabsichtigte, die Entschädigungsfrage als einen Komplex humanitärer Anliegen Polens zu präsentieren, der, wie man schrieb, unabhängig von deren „moralisch-politischer und ökonomischer“ Bedeutung ein Gegengewicht zum westdeutschen Drängen in den so genannten humanitären Fragen bil-

den sollte. Warschau war sich sehr wohl des Gewichts der Frage der Familienzusammenführung bewusst. Man wollte sie auch politisch nutzen, und zwar als Manifestation des guten Willens Warschaus oder als Druckmittel gegenüber der BRD. Gleichwohl gab es Zweifel darüber, in welchem Maße die Forderungen der BRD berücksichtigt werden sollten. Bei einem Teil der Bevölkerung, die sich im Einklang mit dem Standpunkt Bonns auf das Argument berief, im Jahr 1937 die deutsche Staatsbürgerschaft besessen zu haben, handelte es sich für die polnische Seite um so genannte Autochthone, man ging also davon aus, dass sie keine deutsche Herkunft im ethnischen Sinne besäßen.³³ Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten bei der Herstellung eines Einvernehmens wurde der Gesamtkomplex der klärungsbedürftigen Fragen recht bald zusammen behandelt. Im allgemeinen Bewusstsein verwurzelte sich seitdem die Verknüpfung der wirtschaftlichen Fragen mit dem Problem der Familienzusammenführung. Es ist strittig, welche Seite diese Lösung als erste vorgeschlagen hat. Ohne Zweifel sprach Władysław Gomułka in seinem Gespräch mit Willy Brandt in Warschau im Dezember 1970 von der Wirtschaftshilfe als Äquivalent für Entschädigungen.³⁴ Im folgenden aber gab Warschau dieses Junktum zu Gunsten einer Verknüpfung der Frage der Ausreise der Deutschen mit den Entschädigungen für die Opfer des Dritten Reiches auf. Warschau war an einer Lösung dieser Frage auch aus innenpolitischen Gründen interessiert. Die BRD aber beharrte auf dem Standpunkt

Allem Anschein nach aber war Warschau nicht abgeneigt, einige Möglichkeiten für die Deckung der Ansprüche in Erwägung zu ziehen, das heißt neben direkten Auszahlungen zu Gunsten der Geschädigten auch indirekte, die wegen des Devisenmangels zweifellos für den Staat günstig gewesen wären. Wie man aus den polnischen Dokumenten schließen kann, wünschte es Warschau allerdings nicht, dass das Problem der Entschädigungen mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zusammengefasst und damit nach der Festlegung der Grundlagen dieser Zusammenarbeit abgeschlossen würde. Aus einigen anderen Dokumenten aber lassen sich diametral entgegengesetzte Annahmen ableiten. Auf der polnischen Seite gab es in dieser Frage Meinungsverschiedenheiten. Während eines Gesprächs von Franciszek Szlachcic und Henryk Sokolak mit Egon Bahr und Carl Sanne am 8. Juni 1973, als Bahr die Möglichkeit der Leistung von Entschädigungszahlungen im Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen als schwierig bewertete und informierte, dass bis September ein Regierungsprojekt erarbeitet werden sollte, welches die Möglichkeit einer Aufstockung der Kredite vorsah, soll Szlachcic kategorisch festgestellt haben, dass er der These nicht zustimmen könne, wonach das Problem individueller Entschädigungen unlösbar sei und dass die Behandlung dieser Fragen im Falle Polens weder jetzt noch in Zukunft von der jeweiligen Regierung abhängig sei. Gleichwohl stellte Szlachcic in Antwort auf eine Feststellung Egon Bahrs, der gesagt hatte, dass er die polnische Ansicht teile, das Problem der Familienzusammenführung sei im Prinzip erledigt, dass aber weiterhin das Problem der Auswanderung der Deutschen aus Polen fortbestehen werde, fest, dass die Gründe für die Erklärung des Ausreisewillens hauptsächlich wirtschaftlicher Natur seien und sagte, dass angesichts der Zunahme der Ausreisewilligen dies auch Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes haben werde. Diese Aussage

zeigte, dass man im Zusammenhang mit der Ausreise „Kompensationen“ für die möglichen Verluste erwartete.

Anfang Juli 1973 kam es zu Gesprächen zwischen den Außenministern Stefan Olszowski und Walter Scheel in Helsinki. Olszowski sprach unter anderem von den wirtschaftlichen Belastungen für die polnische Wirtschaft aufgrund der Ausreisen und gab damit zu verstehen, dass Warschau sehr am Abschluss eines Kreditabkommens gelegen war. Allem Anschein nach aber verband er die Erhöhung der Zahl der zu erteilenden Ausreisegenehmigungen nicht direkt mit der Höhe des Kredits, den die VR Polen von der BRD erhalten wollte. Im Verlaufe des Gesprächs aber gab die deutsche Seite zu verstehen, sie wünsche, die Erteilung eines günstigen Kredits solle eine finanzielle Kompensation dafür sein, dass es unmöglich sei, Entschädigungen zu zahlen.³⁵ Der Direktor der vierten Abteilung des Außenministeriums schrieb im Anschluss an eine Zusammenfassung der Gespräche, dass der deutsche Außenminister offen den Vorschlag eines Junktimts zwischen der Entschädigungsfrage und den wirtschaftlichen Fragen gemacht habe: „Scheel akzeptierte unsere Forderung in der Frage der unmittelbaren Regelung der Entschädigungsprobleme nicht, umriss aber erstmals die Ebene einer durch Kredite stimulierten umfassenden Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, um die Vergangenheit zu überwinden und Fortschritte bei der Normalisierung zu erreichen.“³⁶ 1974 kam es zu einer Krise in den beiderseitigen Gesprächen. Es hat den Anschein, dass man dies in Warschau für eine Folge der harten Haltung der Mitarbeiter des deutschen Außenministeriums hielt, und so fasste das Zentralkomitee der PVAP den Beschluss, die Gespräche nach Möglichkeit auf einer anderen Ebene zu führen und den Kanzler der BRD und seine Kanzlei stärker in den Verhandlungsprozess einzubeziehen. Dieses Ziel lag der Initiative zugrunde, ein inoffizielles Arbeitspapier („non-paper“) auszutauschen. Dieses Dokument zeugte nicht von einer Abmilderung der Verhandlungsposition Warschaus, obwohl seine Anwendung zweifellos Zeichen des Warschauer Interesses an einer Rückkehr zu Gesprächen und damit vielleicht auch eines größeren Willens zum Kompromiss war.³⁷

Die polnisch-deutschen Gespräche dauerten bis 1975, aber auch der Moment, zu dem Lösungen für die Probleme gefunden wurden, die sich in den beiderseitigen Beziehungen angesammelt hatten, weckte viele Zweifel. Die Entscheidung über ein Abkommen zwischen der VR Polen und der BRD wurden während einer mehrstündigen Beratung der Führer beider Staaten während der dritten Phase der KSZE-Beratungen in Helsinki in der Nacht vom 1. auf den 2. August 1975 getroffen. Edward Gierek und Helmut Schmidt erzielten eine erste Vereinbarung über einige der wichtigsten Angelegenheiten. Festgelegt wurden die Bestimmungen des Abkommens über die Renten- und Unfallversicherung, des Abkommens über die pauschale Abgeltung von Rentenforderungen (vereinbart wurde eine Pauschale in Höhe von 1,3 Milliarden DM, welche der polnischen Seite auszuzahlen waren), des Abkommens über die Bewilligung eines Finanzkredits an Polen (eine Milliarde DM mit einer Verzinsung von 2,5%) sowie der Vereinbarung eines Ausreiseprotokolls (120 bis 125.000 Personen sollten im Laufe von vier Jahren eine Ausreisegenehmigung aus Polen erhalten). Warschau erklärte sich außerdem damit einverstanden, dass Personen, die aufgrund der Kriterien in

den „Informationen der Regierung der VR Polen“ von 1970 das Recht hatten, Polen zu verlassen, die Möglichkeit haben sollten, zu einem späteren Zeitpunkt Ausreiseanträge zu stellen. Beide Seiten vereinbarten ebenso ein „langfristiges Programm für die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit“, an dem der polnischen Seite sehr gelegen war. Der Verlauf der Gespräche in Helsinki ist schwer zu rekonstruieren. Edward Giersek und Helmut Schmidt schrieben sich später das Verdienst zu, die Vereinbarung ausgehandelt zu haben. Hans-Dietrich Genscher schrieb dieses Verdienst den Außenministern zu.³⁸

In Literatur und Presseartikeln wurde später behauptet, Polen habe auf Entschädigungen verzichtet. Dies lässt sich nicht ausschließen. Möglicherweise hat die polnische Seite in den Gesprächen suggeriert, dass sie das Abkommen so behandeln werde oder ihre Aussagen so interpretiert werden könnten.³⁹ Doch wurde in dieser Angelegenheit keinerlei Abkommen unterzeichnet und keine Erklärung veröffentlicht. Ein Gespräch zwischen Minister Stefan Olszowski und dem Botschafter der BRD, Hans Ruete, im September 1975 berechtigt zur Schlussfolgerung, dass in dieser Sache mündliche oder stillschweigende Verpflichtungen eingegangen worden sind. Während des Gesprächs fragte Ruete nämlich im Zusammenhang mit Artikeln in der polnischen Presse, ob Polen in Zukunft die Frage der Entschädigungen wieder aufgreifen werde.⁴⁰ Die Antwort Olszowskis weckt Zweifel hinsichtlich ihrer Interpretation. Er sagte nicht direkt, dass es sich um die endgültige Erledigung des Entschädigungsproblems handele. Er stellte fest, dass Warschau sich bemühen werde, die Renten und die Sozialfürsorge für die ehemaligen Insassen der Konzentrationslager zu verbessern und „die Angelegenheit von der Tagesordnung künftiger Gespräche zu streichen“. Dem Minister zufolge aber habe die polnische Presse nicht von einer Regelung des Entschädigungsproblems geschrieben, denn dies wäre für die deutsche Seite unbequem gewesen. Dieses Gespräch fand vor dem Besuch Genschers und der Paraphierung der in Helsinki getroffenen Übereinkünfte statt, und man kann den Eindruck gewinnen, dass Minister Olszowski seinen Gesprächspartner beruhigen wollte. Allem Anschein nach sollte die Rentenübereinkunft, welche auch die Situation der ehemaligen Konzentrationslagerinsassen verbessern sollte, eine Art Wieder gutmachung sein, doch wurde sie in Warschau nie als endgültige Regelung der Entschädigungsfragen betrachtet. Darüber hinaus sprach das Abkommen nach Warschaus Ansicht lediglich von der Erledigung der Rentenfragen auf der zwischenstaatlichen Ebene, die individuelle Geltendmachung durch einzelne Personen – den Opfern der Politik des Dritten Reiches – habe Sie hingegen nicht ausgeschlossen. Zur Frage der Entschädigung kehrte man in den achtziger Jahren mehrmals zurück, und es wurde stets verneint, in Helsinki sei die Frage der Entschädigungen endgültig geregelt worden.⁴¹

Die fertig ausgearbeiteten Verträge wurden während eines Besuchs von Minister Genscher in Warschau am 10. Oktober 1975 unterzeichnet.⁴² Olszowski notierte, Genscher habe versprochen, die Abkommen einer möglichst schnellen Ratifizierung zuzuführen. Er habe jedoch betont, dass viel vom Tempo bei der Umsetzung der Familienzusammenführung abhängen würde. Die Ergebnisse der Gespräche zusammenfassend bemerkte Olszowski, dass die Regierung der BRD

seines Erachtens bereits ein Konzept für die weitere Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen ausgearbeitet habe. Er hatte den Eindruck, man könne von Seiten der BRD erwarten, dass diese die Regelung von Problemen vermeiden würde, welche „Konsequenz der zweideutigen Haltung der BRD gegenüber den rechtlichen Folgen des Vertrags von 1970“ seien, das heißt die Unterzeichnung einer Konsularkonvention und die Klärung der Staatsbürgerschaftsfrage, und stattdessen einige ihr bequeme Fragen wie zum Beispiel die Forderung nach Anerkennung der konsularischen Fürsorge für die polnischen Bürger deutscher Herkunft aufbringen würde. Anschließend schrieb der Minister: „Es ist davon auszugehen, dass Inhalt, Umfang und Tempo des Prozesses der weiteren Normalisierung Gegenstand einer komplexen und lang andauernden Konfrontation sein wird.“⁴³

4. Die Normalisierung in der Praxis

Der Prozess der Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR Polen und der BRD erwies sich als langwierig und nicht einfach. Das Jahr 1975 schloss ihn nicht ab, aber zweifellos waren die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der VR Polen und der BRD in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre weniger akut. 1976 ratifizierte der Bundestag die Übereinkünfte von Helsinki. Warschau war seinerseits bemüht, die Vereinbarungen hinsichtlich der Ausreisquoten einzuhalten. Im Jahre 1979 erreichte die Zahl der Ausreisen 134.500 Personen, obwohl die Verträge zunächst nur ca. 120.000 Ausreisen vorgesehen hatten. Deshalb war die Ausreisefrage im Grunde kein Gegenstand von Kontroversen, obwohl es zu Interventionen hinsichtlich bestimmter Personen kam. Warschau war der Ansicht, dass die Erfüllung der unterzeichneten Abkommen die Voraussetzung für die weitere Normalisierung der beiderseitigen Beziehung sei und erwartete ein entsprechendes Verhalten von Bonn. Daher beobachtete man mit Unruhe die Schwächung der Regierungskoalition in der BRD und die verstärkten Aktivitäten der christdemokratischen Opposition.⁴⁴ Sehr unzufrieden war man auch über die Tatsache, dass Personen, die im Rahmen der nach 1970 erfolgten Festlegungen ausreisten, den Vertriebenstatus erhielten. Warschau war auch der Ansicht, dass die Medien in der BRD eine antipolnische Kampagne betrieben. Nach 1975 war man außerdem bemüht, die Prinzipien der Zusammenarbeit auf eine formelle Grundlage zu stellen. Während eines Besuchs von Gierek in der BRD im Juli 1976 wurde auch ein Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet. Dennoch war Warschau unter dem Druck der DDR nicht mit der Eröffnung eines Kulturinstituts der BRD in Warschau einverstanden, und die Versuche Westdeutschlands, seine kulturelle Präsenz in Warschau auszuweiten, waren in der besprochenen Zeit nicht von Erfolg gekrönt.⁴⁵

Weiterhin einen wichtigen Platz in den politischen Gesprächen nahm die wirtschaftliche Zusammenarbeit ein. Anlass für die Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit und von Kooperationsverträgen war ein Besuch Edward Giereks in der BRD im Juli 1976. Die polnische Seite zögerte

mit einem Gegenbesuch (es handelte sich um einen Gegenbesuch zum Besuch Brandts in Warschau im Dezember 1970) bis zum Moment der Unterzeichnung der sie interessierenden Abkommen. Während des Besuches wurde auch den Problemen im alltäglichen Leben der deutschen Minderheit in Polen viel Aufmerksamkeit gewidmet, aber Warschau war nicht bereit, auf die Forderungen hinsichtlich Erleichterungen beim Deutschunterricht einzugehen.⁴⁶ Infolge des Besuchs wurden im November 1976 weitere Abkommen unterzeichnet, darunter Kreditabkommen. Doch war ihre angemessene Umsetzung wegen des Wirtschaftssystems der VR Polen nicht möglich. Im folgenden Jahr, 1977, stattete Kanzler Schmidt Polen einen Besuch ab. Als Folge dieses Besuchs wurden weitere Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, darunter solche über die Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen. Die polnische Seite wollte weiterhin die wirtschaftlichen Kontakte entwickeln und zum Beispiel die Kooperation im Bereich des Bergbaus und der Kohlevergasung sowie der Verarbeitung anderer Rohstoffe ausdehnen.⁴⁷ Nach 1975 bestanden die traditionellen Spannungen im Bereich der Politik fort, die sich auf die Grenzfrage bezogen. Die Urteile deutscher Gerichte ließen keine Zweifel daran, dass das Deutsche Reich nach wie vor in seinen Grenzen vom 31.12.1937 bestehe, was sich unter anderem bei den Ortsnamen auswirkte und zu einer besonderen Darstellung der Westgrenze Polens auf Karten als einer speziellen Grenze führte, was die polnischen Behörden verärgerte.⁴⁸ Warschau gefielen auch die von Helmut Schmidt im polnischen Insitut für Internationale Angelegenheiten vorgestellten Thesen nicht, in denen der Kanzler von der Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands sprach, allerdings nicht im Rahmen eines traditionellen Nationalstaats, sondern im Rahmen des europäischen Entspannungsprozesses.⁴⁹

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gab es nicht nur zahlreiche Treffen auf den höheren Ebenen. Auch die Zahl der zwischengesellschaftlichen Kontakte nahm zu. Aber Warschau wünschte nicht, dass sich der Austausch – wie man es ausdrückte – „spontan“ entwickelte, sondern beharrte auf seinen Konzepten, nämlich dem „System der zentralen Koordinierung“.⁵⁰ Es lässt sich wohl sagen, dass sich das Klima in den beiderseitigen Beziehungen bedeutend verbesserte, doch waren diese weder konfliktfrei noch tief. Ein begrenzender Faktor war nicht nur die Last der Vergangenheit, sondern auch die Unterschiede der sozialen und politischen Systeme. Eine Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen, oder genauer ein Stopp ihrer Entwicklung, erfolgte in einer Atmosphäre sich verschlechternder internationaler Beziehungen. 1980 kam es in Polen zu sozialen Protesten. Die BRD betrachtete die Ereignisse in Polen wegen der Priorität der Deutschlandpolitik mit Sorge – sie befürchtete eine Destabilisierung im Ostblock und dadurch die Erschwerung einer deutsch-deutschen Annäherung.⁵¹ Die Regierung der BRD erkannte den wirtschaftlichen Hintergrund der Proteste und gab der damaligen Regierung die Garantie für einen Kredit in Höhe von 1,2 Milliarden DM, um die Situation in Polen zu stabilisieren. Ein Teil der Beobachter vertrat die Ansicht, dass es sich hierbei auch um eine Folge der besonderen Beziehungen zwischen Giersek und Schmidt handele, und zwar insbesondere des Wohlwollens des Letzteren gegenüber dem Ersten Sekretär.⁵²

Seit dem Jahr 1981, das heißt seit Einführung des Kriegsrechts, standen die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland im Schatten der Ereignisse in Polen und der sich verstärkenden Konfrontation in den Ost-West-Beziehungen. Der Übergang zur zweiten Ostpolitik in der BRD erfolgte in der Mitte der achtziger Jahre, also in einer Zeit, als man nach Möglichkeiten zur Beendigung der feindlichen Ost-West-Beziehungen und insbesondere der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR suchte.

5. Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen dem polnischen Staat und der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg waren nicht nur von den beiderseitigen Kriegserfahrungen geprägt, sondern auch von der Zugehörigkeit zu gegensätzlichen politischen und militärischen Blöcken sowie unterschiedlichen sozialen und politischen Systemen. Diese Tatsache wirkte sich auf das gesellschaftliche Leben in beiden Ländern aus, auf die Entwicklung des Verhältnisses zur Vergangenheit, auf die Funktion der Medien und auf den Geschichtsunterricht. Die zwischenstaatlichen Beziehungen entwickelten sich ebenfalls in einer besonderen internationalen Situation, deren wesentlicher Bestimmungsfaktor die verschiedene Stadien durchlaufende Ost-West-Rivalität war. Um auf die im Titel gebrauchte Formulierung zurückzukommen: Von einer Eiszeit ließe sich vor allem im Bezug auf das Ende der vierziger und den Anfang der fünfziger Jahre sprechen. Zeitlich deckte sich dieser Zustand in hohem Maße mit dem heißen Stadium des Kalten Krieges. Eine Erwärmung setzte langsam in der Zeit nach dem Tode Stalins ein. Die Epoche des eigentlichen Tauwetters begann nach 1955. Auch wenn es nach 1958 zu einer erneuten Abkühlung der Beziehungen kam, waren diese nicht mehr so eisig wie zuvor. Die Anfänge der détente in den Ost-West-Beziehungen hatten einen positiven Einfluss auf die bilateralen Beziehungen zwischen der VR Polen und der BRD. Dennoch kam es nach der Unterzeichnung des Vertrags über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen im Dezember 1970 nicht zu einer radikalen Erwärmung weder der zwischenstaatlichen noch der zwischengesellschaftlichen Beziehungen. Als Hindernis erwiesen sich vor allem die Probleme, die aus der Vergangenheit resultierten. Viele von ihnen konnten wegen der Abwesenheit diplomatischer Beziehungen und damit politischer Kontakte nicht früher gelöst werden. Zu ihnen gehörten zum Beispiel die Frage individueller Entschädigungen und die immer wieder aufkommende Frage der Familienzusammenführung (obwohl gerade in diesem Fall auch früher bereits bestimmte Schritte unternommen worden waren). In den siebziger Jahren wurden auch Gespräche über die aktuellen Beziehungen aufgenommen, das heißt über die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie die zwischengesellschaftlichen Kontakte. Die Kontakte, zu denen es in den siebziger Jahren kam, trugen nicht nur zur Lösung konkreter Probleme bei, sondern auch zum besseren Kennen lernen beider Seiten. Dieser Prozess bestätigte einerseits gewisse Vorurteile und Stereotypen, trug aber auch zu ihrer Überwindung bei. Ein wesentliches Minus in den beiderseitigen

Beziehungen bis 1989 blieb der Charakter des Systems in Polen. Erst die Systemtransformation im Ostblock und in Polen schuf gute Voraussetzungen für eine Vertiefung der Zusammenarbeit.

Übersetzung aus dem Polnischen: Torsten Lorenz

Anmerkungen

- 1 Adam Eberhardt/Mateusz Gniazdowski/Tytus Jaskulowski/Maciej Krzysztofowicz, Szkody wyrządzone Polsce podczas II wojny światowej przez agresora niemieckiego. Historia dociekań i szacunków [Die Polen im Zweiten Weltkrieg durch den deutschen Aggressor zugefügten Kriegsschäden. Geschichte der Forschung und der Schätzungen], in: Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko – niemieckich 1944–2004 [Das Problem der Reparationen, Entschädigungen und Leistungen in den polnisch-deutschen Beziehungen 1944–2004], Bd. 1, 11–54, Warszawa 2004. Zur Tätigkeit der PMW siehe u. a. Włodzimierz Borodziej, Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby. Polska w stosunkach międzynarodowych 1945–1947 [Von Potsdam nach Szklarska Poręba. Polen in den internationalen Beziehungen. 1945–1947], London 1990, 291 ff.
- 2 Wanda Jarzabek, Polska wobec problemu podpisania traktatu pokojowego z Niemcami po II wojnie światowej. Prace przygotowawcze w latach 1945–1962 [Polen und die Frage der Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Die vorbereitenden Arbeiten in den Jahren 1945–1962], in: Mieczysław Nurek, Zakonczenie II wojny światowej. Polityka i dyplomacja międzynarodowa 1945–2005 [Die Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Politik und internationale Diplomatie 1945–2005], Gdańsk 2006, 147–163.
- 3 Das Exposé Konrad Adenauers im Bundestag: Erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer, in: Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, hrsg. v. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, 166–167.
- 4 Zum Verhältnis zwischen Deutschlandpolitik und Ostpolitik siehe Timothy Garton Ash, W imieniu Europy. Niemcy i podzielony kontynent [Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent], London 1996, 47–51.
- 5 Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych [Archiv des Außenministeriums, im Folgenden AMSZ], z.10, t.105, Notiz des Redakteurs Kowalski über ein Gespräch mit Carlo Schmid, 10.10.1956, ebd.: Auszug aus der Korrespondenz des Chefs der PMW, Czesław Urbaniak, mit dem Chefredakteur der „Welt“, Hans Zehrer, 17.10.1956.
- 6 Archiwum Akt Nowych [Archiv Neuer Akten, im Folgenden AAN], KC PZPR XI A/45, Notiz über die Kontakte mit Westdeutschen in der Frage der Normalisierung der Beziehungen, 29.11.1956.
- 7 AAN, KC PZPR XI A/45, Uzupełnienie notatki w sprawie normalizacji stosunków z NRF, Ergänzung einer Notiz in der Frage der Normalisierung der Beziehungen mit der BRD, 8.12.1956.
- 8 AMSZ, z.10, t.105, w.13, Interne Notiz, 8.12.1956.
- 9 Dieter Bingen, Polityka Republiki Bonńskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla 1949–1991 [Die Politik der Bonner Republik gegenüber Polen von Adenauer bis Kohl], Kraków 1997, 57 ff.
- 10 Die vollständigste Darstellung der Gespräche findet sich in: Wanda Jarzabek, W pozukiwaniu porozumienia z Republiką Federalną Niemiec – tajne rozmowy z Albrechtem von Kesselern w Waszyngtonie w 1957 roku [Auf der Suche nach einer Verständigung mit der Bundesrepublik Deutschland – die Geheimgespräche mit Albrecht von Kessel in Washington im Jahre 1957], in: Rocznik polsko-niemiecki, Bd. 8 (1999), Warszawa 2000; unvollständig dargestellt wurden die Gespräche von Krzysztof

Ruchniewicz, Warszawa-Berlin-Bonn. Stosunki polityczne 1949–1958 [Warschau-Bonn-Berlin. Die politischen Beziehungen 1949–1958], Wrocław 2003, 310. Der Verfasser schreibt lediglich über das erste Treffen und behauptet fälschlich, es sei nicht bekannt, ob es zu weiteren Begegnungen gekommen sein soll. Aus den Notizen ergibt sich, dass es im Laufe des Jahres 1957 zu drei Treffen gekommen ist. Zu den Aktivitäten von Kessels siehe Harald Vocke, Albrecht von Kessel. Als Diplomat für Versöhnung mit Osteuropa, Freiburg-Basel-Wien 2001.

- 11 Zu diesem Thema siehe u.a.: Helmut Hidl, Jakie było oddziaływanie Memoriatu Niemieckiego Kościoła Ewangelickiego (EKD)? [Welche Wirkung hatte das Memorandum der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD)?], 106–117; Jörn-Erik Guthheil, „Die Arbeit ist noch nicht getan“. Über die Beziehungen von evangelischen Christen zu ihren polnischen Geschwistern, in: Friedbert Pfleger/Winfried Lipscher (Hgg.): Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft, Bonn 1993, 265–270; Andrzej Wójciewicz, Partner im Glauben. Über die Beziehungen des Polnischen Ökumenischen Rates zur EKD, in: Pfleger/Lipscher, ebd., 271–279.
- 12 AAN, KC PZPR XIA/49, Notatka P. Ogrodzińskiego dia Gomułki [Notiz Ogrodziński für Gomułka], 26.10.1957.
- 13 Wolfgang Feiler, Na przekór fatalizmowi wrogosci. Stanisław Stomma i stosunki polsko-niemieckie [Gegen den Fatalismus der Feindschaft, Stanisław Stomma und die polnisch-deutschen Beziehungen], Warszawa 1998, 68 f.
- 14 AAN, KC PZPR XI A/49, Notiz Naszkowski für Gomułka, 15.10.1957. Stomma soll seinen Gesprächspartner informiert haben, die polnische Außenpolitik handle seit 1956 eigenständig und werde auch von den Katholiken unterstützt. Diese Information soll Stomma laut Naszkowski in einer nach seiner Rückkehr angefertigten Notiz an Rapacki übermittelt haben.
- 15 Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, Stuttgart 1991, 420 f.
- 16 AMSZ, z.10, t.107, w.13, Notiz Stommass für Rapacki (ohne Titel), 17.05.1957.
17 Ebd.
- 18 Wanda Jarzabek, „Ulbricht-Doktrin“ oder „Gomułka-Doktrin“? Das Bemühen der Volksrepublik Polen um eine geschlossene Politik des kommunistischen Blocks gegenüber der westdeutschen Ostpolitik 1966–67, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 55 (2006) 1, 79–115, 84.
- 19 Bingen, Polityka Republiki Bońskiej, aaO. (Anm. 9), 83.
- 20 Verbalnote der Regierung der BRD an die Regierung der VR Polen zur Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: „Zbiór dokumentów“ (PISM) 3/1966, 294 ff. Deutscher Wortlaut der Note mit alternativen Formulierungsvorschlägen in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966 (im Folgenden AAPD), Bd. 1, München 1997, 262 ff.
- 21 AAPD 1966, Bd. 1, Botschafter Emmel an das Auswärtige Amt, Depesche aus Warschau, 26.03.1966, 374.
- 22 Jarzabek, „Ulbricht-Doktrin“, aaO. (Anm. 18), 98 ff.
- 23 Mieczysław Tomala, Patrząc na Niemcy. Od wrogosci do porozumienia 1945–1991 [Mit Blick auf Deutschland. Von der Feindschaft zur Verständigung 1945–1991], Warszawa 1997, 160 ff.
- 24 Jarzabek, „Ulbricht-Doktrin“, aaO. (Anm. 18), 112.
- 25 AAN, KC PZPR XI A/87, Notiz von J. Ptasinski über ein Gespräch mit W. S. Semenov, dem stellvertretenden Außenminister der UdSSR, 27.05.1969.
- 26 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer Beziehungen sowie Information der Regierung der Volksrepublik Polen über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme, Warschau, 7. Dezember 1970, in: Hans-Adolf Jacobsen/Mieczysław Tomala (Hgg.), Bonn-Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation, Köln 1992, 222–232.
- 27 Zitiert nach Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik, aaO. (Anm. 9), 138–139.
- 28 AMSZ, Dep. IV 28/76, w.7, Protokoll der siebten Verhandlungsrunde, Oktober 1970.

- 29 Mehr zu diesem Thema in: Wanda Jarzabek, *The Authorities of the Polish People's Republic and the Problem of Reparations and Compensations from the Federal Republic of Germany 1953-1989*, in: *The Polish Foreign Affairs Digest*, 4 (2005), 151 ff. Bonn hielt offensichtlich die Erklärung der Regierung der VR Polen von 1953 nicht für eine endgültige Entledigung der Kriegsreparationen zwischen der VR Polen und der BRD. Davon zeugt der Versuch, Gespräche über einen polnischen Verzicht auf Kriegsreparationen in dem auszuhandelnden „Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen“ zu führen. Erstmals sollen solche Gespräche während der vierten Runde der Verhandlungen in Bonn im Juni 1970 stattgefunden haben. Siehe auch Krzysztof Ruchniewicz, *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45-1975* [Polnische Bemühungen um deutsche Entschädigungen in den Jahren 1944/45-1975], Wroclaw 2007.
- 30 Włodzimierz Borodziej (Hg.), *Polskie Dokumenty Dyplomatyczne 1972* [Polnische Diplomatische Dokumente 1972], Warszawa 2005, Notiz zu den konsularischen Fragen, die während des Besuchs von Minister Stefan Olszowski in Bonn besprochen wurden, o. D., 503-507.
- 31 AMSZ, Dep. IV 28/77, w. 4, Eilnotiz über den Aufenthalt Vizeminister Winiewicz' vom 25. bis 30.11. in Bonn.
- 32 AMSZ, Dep. IV, z. 45/77, Eilnotiz über den Besuch des Außenministers der VR Polen in der BRD, 21.08.1972.
- 33 Zu diesem Thema u. a.: Piotr Madajczyk, *Niemcy policy 1944-1989* [Die polnischen Deutschen 1944-1989], Warszawa 2001.
- 34 Jarzabek, *The Authorities*, aa O. (Anm. 29), 161-162.
- 35 AMSZ, Dep. IV 47/77, w. 1, Notiz über das Gespräch mit dem Außenminister der BRD, Walter Scheel, in Helsinki, Entwurf, Stefan Olszowski, 3.07.1073. Ausführlicher war die an Franciszek Szlachetec übermittelte Information, ebd.
- 36 AMSZ, Dep. IV 20/79, Notiz über die polnisch-deutschen Gespräche, o. D.
- 37 Zum Thema der Gespräche über die Normalisierung der Beziehungen und die Umstände des Austauschs des „non papers“ siehe Wanda Jarzabek, *Die Haltung der Volksrepublik Polen zur Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland 1970-1975*, in: *Deutsch-Polnisches Jahrbuch* 13 (2006), 85-130.
- 38 Bingen, *Polityka Republiki Bońskiej*, aaO. (Anm. 9), 167; Janusz Rolicki, *Edward Gierek. Replika* [Edward Gierek. Eine Replik], Warszawa 1990, 51.
- 39 Es ist mir nicht gelungen, an die Aufzeichnung der Gespräche zwischen Gierek und Schmidt zu gelangen, die in Helsinki geführt wurden. Es ist nicht bekannt, ob ein solches Dokument überhaupt existiert, denn die Gespräche hatten keinen offiziellen Charakter.
- 40 AMSZ, Dep. IV z.17/81, w.5, Eilnotiz über das Gespräch mit dem Botschafter der BRD, H. Ruete, am 3.9.1975, das auf dessen Bitte hin geführt wurde, S. Olszowski.
- 41 Jarzabek, *The Authorities*, aaO. (Anm. 29), 164 ff.
- 42 AMSZ, Dep. IV, z.17/81, w.6, Eilnotiz über den Besuch von Außenminister Hans Dietrich Genscher in Polen, S. Olszowski, Oktober 1975.
- 43 Ebd.
- 44 AAN, KC PZPR XIA/636, Notiz über die aktuellen Probleme und Absichten im Prozess der weiteren Normalisierung der Beziehungen mit der BRD, o. D., wahrscheinlich Anfang 1977.
- 45 Bingen, *Polityka Republiki Bońskiej*, aaO. (Anm. 9), 189 ff.
- 46 AAN, KC PZPR XIA/ 687, Aufzeichnungen zu einem Gespräch des Ersten Sekretärs des ZK der PZPR, Gen. E. Gierek, mit dem Bundeskanzler, H. Schmidt „unter vier Augen“ am 11. Juni 1976 im Kanzleramt in Bonn, Mieczysław Tomala (Hg.): *Polityka i dyplomacja polska wobec Niemiec* [Die polnische Politik und Diplomatie gegenüber Deutschland], Bd. 2, 444 ff.
- 47 AAN, KC PZPR, XI A/698, Der Stand der Beziehungen zwischen der VR Polen und der BRD und die Vorschläge zur Fortsetzung des Prozesses der Normalisierung, September 1978.

- 48 AMSZ, Dep. IV, 31/82, w.5, Eilnotiz. Information über die Vorbereitungen zum Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der PZPR in der Bundesrepublik Deutschland, 1.6.1976.
- 49 Bungen, Polityka Republiki Bońskiej, aaO. (Anm. 9), 188.
- 50 AAN, KC PZPR, XI A/698, Der Stand der Beziehungen, aaO. (Anm. 47).
- 51 Garfon Ash, W imieniu Europy, aaO. (Anm. 4), 221 ff.
- 52 Bungen, Polityka Republiki Bońskiej, aaO. (Anm. 9), 196.

- 48 AMSZ, Dep. IV, 31/82, w.5, Eilnotiz. Information über die Vorbereitungen zum Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der PZPR in der Bundesrepublik Deutschland, 1.6.1976.
- 49 Bingen, Polityka Republiki Bońskiej, aaO. (Anm. 9), 188.
- 50 AAN, KC PZPR, XI A/698, Der Stand der Beziehungen, aaO. (Anm. 47).
- 51 Garton Ash, W imieniu Europy, aaO. (Anm. 4), 221 ff.
- 52 Bingen, Polityka Republiki Bońskiej, aaO. (Anm. 9), 196.